

«Blockade des Einwohnerrates aufheben»

Am 17. Mai 2009 hat der Emmer Souverän in einer Volksabstimmung mit 60 Prozent Mehrheit in Kenntnis des vorgelegten Terminplans dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, uns Vorschläge für unsere Gemeinde in der Starken Stadtregion Luzern auszuarbeiten. Am 17. Mai 2011 hat aber der Einwohnerrat Emmen die Ausführung unseres Auftrages blockiert. Der Einwohnerrat will im Voraus auf Forderungen beharren, bevor man überhaupt mit den Verhandlungen begonnen hat. Das ist unüblich und ungeschickt. Der Einwohnerrat hat offenbar auch Mühe, den Mehrwert einer allfälligen Fusion mit der Stadt Luzern zu erkennen. In der Privatwirtschaft müsste man -zig Millionen bezahlen, um einen so erstklassigen, weltweit bekannten Namen mit bestem Image tragen und mit diesem agieren zu dürfen. Der Name der Gemeinde Emmen hat einen praktisch nicht reparierbaren Imageschaden. Und der Einwohnerrat ist dran, diesen noch zu vergrössern. Unsere Produkte, Dienstleistungen, Wohnungen und Häuser mit dem Namen Stadt Luzern anbieten zu dürfen, ist ein sehr grosser Mehrwert, der uns einen grossen Aufschwung bringen wird. Und uns wird das noch mehr als gratis angeboten, wir bekommen sogar noch heraus. Unser Steuersatz soll von 2,05 auf 1,75 Einheiten sinken. Mit der Volksinitiative «Ja zu Fusionsverhandlungen» erhält der Emmer Souverän die Möglichkeit, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, mit unserem bereits erteilten Auftrag fortzufahren und mit den Fusionsverhandlungen zu beginnen. So soll die unnötige Blockade des Einwohnerrates aufgehoben werden, damit wir wie geplant 2014 über den uns vorgeleg-

ten Fusionsvertrag in Kenntnis aller Fakten abstimmen können, sofern die Luzerner Bevölkerung hoffentlich bereit ist, mit uns Fusionsverhandlungen aufzunehmen. Jetzt ist ein Sprung nach vorne angesagt. Um wie Phönix aus der Asche zu steigen.

Heinz A. Meier,
Emmenbrücke – Luzern Nord

Die Bürger haben längst «fusioniert»

Der Bürger und die Bürgerin haben längst «fusioniert». Wir gestalten unser Leben im Grossen und Ganzen ohne Rücksicht auf die Gemeindegrenzen. Im Projekt «Starke Stadtregion» geht es darum, diese gesellschaftliche Realität auf politischer Ebene nachzuvollziehen. Heute stehen wir vor Problemen, die eine Gemeinde für sich allein nicht mehr lösen kann und soll. Sei dies z. B. beim Verkehr, in der Raumplanung oder auch bei sozialen Fragen. Wie begegnen wir den zukünftigen Herausforderungen am besten? Was für Strukturen dienen dem Gemeinwohl am meisten? Wie können Aufgaben angegangen werden, die mehr als eine Gemeinde betreffen? In Fusionsverhandlungen haben wir die Möglichkeit, diese und andere wesentlichen Fragen zu stellen und zu klären. Die Gemeinden können die Anliegen der Bevölkerung in die Diskussion einbringen, und am Ende dieser Verhandlungen können wir dann in Kenntnis aller Fakten darüber abstimmen, ob eine Fusion der richtige Weg ist oder nicht. Damit Emmen von diesem wichtigen Prozess nicht von vornherein ausgeschlossen ist, wurde eine Initiative lanciert, die einzig und

allein das Ziel hat, dass die Bevölkerung wie in Luzern, Adligenswil, Kriens und Ebikon auch in Emmen darüber abstimmen kann, ob dieser nächste Schritt in Angriff genommen werden soll oder nicht.

Andreas Kappeler,
Einwohnerrat Grüne, Emmen

Fragen zu Stadtregion und CKW-Vertrag

Die REGION behandelte zwei wichtige Emmer Themen: einmal das Thema «Starke Stadtregion». Thomas Willi, gleichzeitig Sprecher der Projektsteuerung dieser Starken Stadtregion, meinte: «Das Projekt hat jetzt eine ganz neue Dynamik bekommen.» Gemeint war die Sistierung des Projektes durch den Emmer Einwohnerrat. Vermittelt wird der Eindruck, dass der gesamte Gemeinderat geschlossen hinter dem Fusionsprojekt steht ... was nicht stimmt! Warum wird das nicht gesagt? Der Eindruck, dass ein vorbehaltloses Einbringen des Emmer Standpunktes in der Fusionsfrage sowie so nicht gegeben schien, wird jetzt durch die Aussagen des Sprechers der Projektsteuerung nochmals verstärkt. Erklärt wird auch nicht, dass die so genannte Projektsteuerung die Fusion zwar empfiehlt, aber die Tragfähigkeit vorher nicht abgedärt hat. Auch die Tatsache, dass fast ausschliesslich Exekutivmitglieder sowie Verwaltungsangestellte in den Projektgremien Einsitz haben und dass die externen «Berater» auch ihren Geschäftssitz ausserhalb der Region haben, wird nicht erwähnt. Warum ist das so?

Das zweite Thema behandelt das «Seilziehen um den Konzessionsvertrag

mit den CKW». Die Interessengemeinschaft Igel hat bereits im Vorfeld befürchtet, dass eine Verhandlung mit dem Monopolisten und der Axpo-Tochter CKW unangenehm werden könnte. Genau aus diesem Grund hat Igel mehrmals den Gemeindepräsidenten von Emmen und Rothenburg das Angebot unterbreitet, die Verhandlungsstrategie und das Vertragskonzept frühzeitig zu besprechen und abzugleichen. Umsomehr nicht nur die Haushalte, sondern auch die Grundversorgung unserer Gewerbe- und Industriebetriebe betroffen sind. Die Reaktion auf diese Angebote war negativ! Warum diese Alleingänge? Obwohl bekannt ist, dass in der IG Igel kompetente Fachleute zur Verfügung stehen, scheint man in der Verwaltung zu glauben, auf «Hilfe von auswärts» verzichten zu können. Die IG Igel ist deshalb der Meinung, dass bei beiden Themen das Scheitern hausgemacht ist! Die Problemfälle «Starke Stadtregion» und «Konzessionsvertrag-CKW» sind unnötigerweise durch die Alleingänge vorerst aufs Spiel gesetzt worden! Die offerierten Ressourcen und das Fachwissen wurden nicht genutzt. Warum? Wenn nicht mal das Angebot von erwiesenermassen kompetenten Bürgern angenommen wird, fehlt auf Dauer die politische Legitimität!

Im Schlussbericht «Starke Stadtregion» wird an vieles «geglaubt», dabei soll man nicht vergessen: «Glauben heisst nicht wissen!» Die früheren Lateiner haben es auch schon gewusst: «Audiatur et altera pars! – Es möge auch die andere Seite angehört werden!»

Mac Wijnands-Lang, Vizepräsident
Igel Interessengemeinschaft
Glasfaser und Energie Luzern